

# Volkswacht

## für Schlesien

wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Auffahrt“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Turmstraße 4/6, durch die Filialen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Preis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägergebühren, monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einl. Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

### Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktion 21238  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Besuchs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Turmstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

## Hindenburg geißelt den Volksverrat des Stahlhelms

### Er spricht dem Stahlhelm seine Mißbilligung aus, weil er die Südtiroler verrät

Der Reichspräsident hat der Zeitung des Stahlhelms als Ehrenmitglied dieser Organisation seinen Unwillen über die Vorgänge beim Besuch einer Delegation in Rom zum Ausdruck kommen lassen.

Die betreffende Abordnung des Stahlhelms besuchte Rom in Uniform, legte am Grabe des unbekanntes Soldaten einen Kranz nieder und überreichte schließlich Mussolini das Abzeichen des Stahlhelms, so daß heute außer Reichspräsidenten auch der einseitige Hezer gegen England und von Frankreich gegen Deutschland gebildete Mussolini Ehrenmitglied des Stahlhelms ist. Inwiefern der Reichspräsident aus der Ehrenmitgliedschaft Mussolinis über seinen Protest hinaus noch Konsequenzen und dem Stahlhelm den Rücken kehren wird, ist unbekannt. Nötig wäre es allerdings, daß Hindenburg auch einmal die Konsequenzen zöge. Das ist er der Republik, Amt und sich selbst schuldig.

zurücktreten sollte, deren Sturz durch die Einbringung eines Mißtrauensbeschlusses anzustreben. Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit, mit jeder Regierung zusammenzuarbeiten, die alle demokratischen Kräfte des Landes zum Schutze der Verfassung und zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zusammenfaßt. Sie ist aber ebenso entschlossen, gegen jede Regierung den schärfsten Kampf zu führen, deren Zusammensetzung oder Kurs den klaren Entscheidungen des 9. November zuwiderläuft.

Die Fraktion beschloß ferner, in der ersten Sitzung des Nationalrats eine Reihe von Anträgen einzubringen, darunter den Gesetzentwurf über die Inkrassierung der Alters- und Invalidenversicherung und über die finanzielle Sicherung der Arbeitslosenversicherung, der Gegenstand eines Volksbegehrens sein wird. Als Präsident des Nationalrats wird die Sozialdemokratie den bisherigen zweiten Präsidenten Elders in Vorschlag bringen. Als stärkste Fraktion hat sie einen Anspruch auf die Präsidentschaft des Nationalrats.

### Der Zwist in der Wirtschaftspartei nicht bereinigt

Die Zeitung der Wirtschaftspartei hat am Dienstag in später Abendstunde den Konflikt Dremwig-Collojer als beigelegt bezeichnen lassen. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Die Entscheidung ist von dem Parteiausschuss der Wirtschaftspartei vielmehr aufgehoben worden bis zum Parteitag der genannten Organisation, der im April 1931 in Hannover stattfinden soll. Bis dahin hat man einen „Burgfrieden“ geschlossen.

Der Abgeordnete Collojer hat sein Amt im Parteivorstand wieder übernommen und behält auch seinen Einfluß auf das Parteiorgan.

### Haltung der österreichischen Sozialdemokratie

Die Fraktion der Nationalratsfraktion — Ihre ersten Beschlüsse Wien, 26. November. (Eigener Bericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats hat am Mittwoch den Wiener Bürgermeister Seidemann als ersten und den Abgeordneten Dr. Danneberg als zweiten Vorsitzenden. Seidemann erstattete dann einen Bericht über die politische Lage, dem eine längere Debatte folgte. Die Fraktion beschloß für den Fall, daß die Regierung sich vor dem Zusammentritt des Nationalrates nicht

### Der abgeänderte Finanzplan

Wesentliche Verbesserungen der Entwürfe durch den Reichsrat Berlin, 26. November. (Eigener Bericht.)

Der Reichsrat hat die Finanzpläne der Regierung in wesentlichen Punkten umgestaltet. Diese Abänderungen beziehen sich fast auf alle Gesetze. Nur der Gesetzentwurf über die Zuschläge zur Einkommensteuer, der das Kopfgeld der höheren Einkommen, die Ledigensteuer und die Aufsichtsratssteuer umfaßt, ist unverändert geblieben. Noch nicht bekannt sind die Abänderungen beim Steuervereinfachungsgesetz und beim Finanzausgleichsgesetz, die erst in der nächsten Woche verabschiedet werden sollen.

Die Umgestaltung der übrigen Gesetze liegt, abgesehen von der Vorberlegung der Gehaltskürzung, im allgemeinen in der Richtung der Kritik, die insbesondere von der Sozialdemokratie an den Vorlagen der Regierung geübt worden ist. Die Abänderungen des Reichsrats tragen dieser Kritik wenigstens soweit Rechnung, daß die schwersten Bedenken, die gegen die Regierungsvorlage in ihrer früheren Gestalt erhoben werden mußten, abgeschwächt werden. Das gilt in erster Linie von dem Ausgabenbegrenzungsgesetz. Während die Regierung von der strikten Begrenzung der Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden für die Jahre 1931 bis 1933 so gut wie keine Ausnahmen zulassen wollte, hat der Reichsrat diesen Grundsatz für wichtige Fälle aufgehoben. Zunächst soll die Ausgabenbegrenzung keine Anwendung finden auf sogenannte durchlaufende Ausgaben, wie z. B. die Steuerüberweisungen, die Ausgaben auf Grund der Leg. Bräunung usw. Weiter dürfen die außerordentlichen Ausgaben erhöht werden, soweit es sich um werbende Anlagen handelt, die durch langfristige Anleihen finanziert werden. Wichtiger noch ist die Generalklausel, die die Länder für sich und die Gemeinden eingefügt haben. Mit Zustimmung der Landesfinanzminister können nämlich Länder und Gemeinden dann über die Ausgabenbegrenzung hinausgehen, wenn infolge besonderer Verhältnisse Ausgaben entstanden sind, die in dem betreffenden Rechnungsjahre im Rahmen der Ausgabenbegrenzung nicht ausgeglichen werden können.

Ebenso bedeutsam ist die Abänderung des Gesetzentwurfs hinsichtlich der Einnahmevermehrung. Während nach der Vorlage der Regierung Einnahmehüberschüsse fast ausschließlich zur Steuerentlastung verwendet werden mußten, hat der Reichsrat diese Beschränkung nahezu völlig aufgehoben. Nach seinen Abänderungen können die Mehreinnahmen verwendet werden entweder zur Deckung der zulässigen Mehrausgaben oder zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldenentlastung oder schließlich zur Steuerentlastung. Alle diese Verbesserungen kommen insbesondere den Gemeinden zugute. Allerdings sind die Gemeinden trotz der Änderungen noch sehr stark von den Landesfinanzministern abhängig. Aber diese Abhängigkeit ist doch viel weniger folgenschwer und verhängnisvoll, als die ursprünglich vorgesehene rüchichtslose Ausgabenbegrenzung und Erzwingung von Steuerentlastungen.

Hinsichtlich der Gehaltskürzung hat der Reichsrat — mit einer willkürlichen Begründung und im Zusammenhang mit einem sehr ansehnlichen Handelsgeschäft zwischen dem Reich und den Ländern — den Zeitpunkt des Inkrafttretens vom 1. April auf den 1. Februar vorverlegt. Dafür soll die Reichshilfe außer Kraft treten. Beim Personalaufwandsgesetz (Besoldungsgesetz), dessen einzelne Bestimmungen sehr umstritten sind, hat sich der Reichsrat ein Verdienst dadurch erworben, daß er auch die Oberbürgermeister in das Gesetz einbezogen hat. Auch ihre Bezüge sind nunmehr neu zu regeln, wenn sie offensichtlich unangemessen hoch sind, und für die Zukunft können die obersten Landesbehörden für die Festsetzung dieser Gehälter Richtlinien aufstellen.

Von besonderer Bedeutung sind die Änderungen, die der Reichsrat bei dem Gesetzentwurf über die Senkung der Realsteuern vorgenommen hat. Ursprünglich war vorgesehen, daß alle Länder den halben Wohnungsbauteil der Hauszinssteuer für die Realsteuerentlastung verwenden sollten. Auf Antrag Preußens ist in das Gesetz folgende Verbesserung aufgenommen worden: Für Länder mit besonders hohem Wohnungsbedarf kann der Reichsfinanzminister auf Antrag zulassen, daß weniger als die Hälfte, mindestens aber ein Drittel des Wohnungsbauteils der Realsteuerentlastung zugute kommt. Unter dieser Bedingung kann die Landesregierung die Senkung auf die Fälle beschränken, in denen die Realsteuerbelastung den Landesdurchschnitt übersteigt. Da die Voraussetzungen dieser Bestimmungen nicht nur in Preußen, sondern in fast allen Ländern vorliegen, wird man sagen können, daß tatsächlich nicht 400 Millionen, wie es die Regierung gewollt hat, sondern nur etwa 270 Millionen aus der Hauszinssteuer für die Realsteuerentlastung entnommen werden

## Das Reich gegen den Terror in Oberschlesien

### Eine Protestnote an den Völkerbund beschlossen — Eine außerordentliche Sitzung des Völkerbunds beantragt

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hat am Dienstag, 10 Uhr vormittags, einberufen worden, um zu beraten, in welchem Umfang die Stellung zu nehmen. Das Reichskabinett hat am Mittwoch abend in einer Sitzung, die in die späte Nacht hinein dauerte, beschlossen, an den Völkerbund als Protest gegen die Verletzung des Völkerbundes durch Polen eine Protestnote zu richten und die Eingreifen des Rates zu fordern.

Der Reichsaussenminister erstattete dem Kabinett seinen Bericht über den eingehenden Bericht über das Verhalten der polnischen Regierung gegen die deutschen Interessen in Oberschlesien. Die Verhandlungen haben ergeben, daß ein Appell an Generalsekretär des Völkerbundes zur Einberufung einer außerordentlichen Ratstagung nach dem Artikel II der Völkerbundescharta möglich ist. Die Ratstagung wird am Donnerstag in Genf einberufen werden. Außerdem wird die Regierung das gesamte amtliche Material über die Vorgänge in Oberschlesien und die deutschen Ermittlungen dem Völkerbund zuweisen.

Berlin, 27. November. (Eigener Bericht.)

Die Verhandlungen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit der Reichsregierung dürften im Laufe des heutigen Vormittags mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald fortgesetzt werden.

Das Reichskabinett wird voraussichtlich heute abend eine Sitzung abhalten, in der Reichskanzler Dr. Brüning über die Ergebnisse seiner Besprechungen mit den Parteiführern berichten wird. Die Entscheidung über die weitere Behandlung des Sanierungsgesetzes, das heißt die Entscheidung darüber, ob das Gesetz auf parlamentarischem Wege oder durch die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt wird, dürfte nunmehr schnellstens fallen.

### Washington gegen Bernstorffs Auftreten in Genf?

Paris, 27. November. (Eigener Bericht.)

Der „Matin“ weiß heute von einem angeblich ebenso sensationellen wie peinlichen Zwischenfall zwischen Deutschland und Amerika in der Abrüstungsfrage zu berichten. Vor wenigen Tagen habe der deutsche Botschafter in Washington eine Demarche unternommen, um im Namen der Reichsregierung um Aufklärung über die diplomatische Ansprache zwischen Washington, London und Paris zum Abschluß eines „Konkordanzpakt“ zur Abgrenzung des Kellogg-Paktes zu bitten. Der amerikanische Staatssekretär habe die Gelegenheit wahrgenommen, um dem deutschen Vertreter angeblich in voller Offenheit zu erklären, daß die Haltung Deutschlands in Genf die Abrüstungsdebatte keineswegs erleichtere und daß Deutschland mit seiner Drohung der Wiederaufnahme einer schweren Verantwortung auf sich lade. Die Vorstellungen Stimson's hätten in der Wilhelmstraße einen heftigen Eindruck hervorgerufen, daß das Berliner Auswärtige Amt sofort ein ausführliches Memorandum über die Haltung Deutschlands zum Abrüstungsproblem nach Washington geschickt habe. Das Dokument unterliege amtlich der Prüfung des Staatsdepartements in Washington.

### Drümmings Verhandlungen mit den Parteien

Berlin, 26. November. (Eigener Bericht.)

Der Reichskanzler empfing am Mittwoch die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid, Dr. Hilferding und Dr. Herz zwecks Fortsetzung der am Montag begonnenen Besprechungen über die Abänderung der Verordnung vom 26. Juli und das Finanzprogramm der Regierung. Die Besprechungen wurden abgeschlossen. Sie werden voraussichtlich am Donnerstag fortgesetzt und zu Ende geführt werden.

Der Verlauf der bisher mit der Sozialdemokratie geführten Verhandlungen ließ die Regierung den ersten Willen zur Durchführung ihres Finanzprogramms auf parlamentarischen Wege erkennen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird sich am Donnerstag mit der parlamentarischen Lage befassen.



# Revisionsdebatte in der Pariser Presse

Es erwacht langsam mehr Verständnis für die Not der anderen

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.)  
Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Außenminister Dr. Curtius und Ministerpräsident Tardieu hat, wenn es auch praktisch für die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich von Nutzen war, wenigstens das Ergebnis gebracht, daß die Pariser Presse die Diskussion über die Revision der Verträge in Gang brachte. Wenn diese Auseinandersetzung bei aller Sachlichkeit die sich zuminderten ein Teil der Blätter bemächtigt hat, so ist es nur ein Zeichen für die Fortschrittlichkeit der Pariser Presse, die sich nicht nur für die Revision der Verträge interessiert, sondern auch für die Heiligkeit der Verträge abgeben wird. Der Hinweis auf die Heiligkeit der Verträge ist eben- falls ein Zeichen für die Fortschrittlichkeit der Pariser Presse, die sich nicht nur für die Revision der Verträge interessiert, sondern auch für die Heiligkeit der Verträge abgeben wird. Der Hinweis auf die Heiligkeit der Verträge ist eben- falls ein Zeichen für die Fortschrittlichkeit der Pariser Presse, die sich nicht nur für die Revision der Verträge interessiert, sondern auch für die Heiligkeit der Verträge abgeben wird.

tages jede Gelegenheit benutzt, um dieser verhassten Regierung Schwierigkeiten zu machen, wo es nur möglich ist. So brachte man nach der Ablehnung des Anschlusses an Preußen ein erforderlich gewordenen Finanzausgleichsgesetz durch Obstruktion zu Fall, ja, man verhinderte sogar die ordnungsmäßige Bezahlung des Staats.  
Die Regierung wußte sich zu helfen und führte durch die Notgelohe ein, was eine Minderheit des Landtages zu verhindern glaubte. Gegen diese unerwartete Maßnahme der sozialdemokratischen Regierung wollte man zwar den Staatsgerichtshof anrufen, doch brauchte man erst einige Zeit, um den nötigen Vorstoß für den Rechtsanmarsch durch Sammlungen aufzubringen. Das ist schon ein Vierteljahr her, aber man hört immer noch nichts von der Sache mit dem Staatsgerichtshof.  
Inzwischen kennt die Borniertheit der bürgerlichen Opposition keine Grenzen. In der letzten Landtags-Sitzung drohte man mit der Obstruktion, als es sich um die Schaffung eines Gesetzes handelte, das weiter nichts bezweckt, als die Beeinträchtigung von Straßenschildern zu verhindern und Landchaften vor Verschandelungen zu bewahren. Man obstruierte gegen eine Gesetzesvorlage, die eine Erweiterung der Berufsschulpflicht vorsah, und als Krönung des Ganzen verbot man eine Vereinfachung des Verwaltungsbetriebes zu verhindern. Das Ländchen mit seinen 48 000 Einwohnern leistet sich nämlich noch immer den Luxus, zwei Landkreise (und außerdem zwei kreisfreie Städte!) zu besitzen, während ein preussischer Kreis z. B. durchschnittlich 75 000 Bewohner zählt. Die beiden Landkreise in Schaumburg-Lippe sollten also zusammengelegt werden, wodurch eine Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden sollte. Und Sparjamkeit tut dem kleinen Ländchen nach dem abgelehnten Anschluß an Preußen mehr denn je not. Die Vorlage fand dennoch unglaublichen Widerstand der sonst so sparsamartigen bürgerlichen Leute. Da waren einmal die Budebürger verknüpft, daß der Sitz des vereinfachten Landkreises nicht in der ehemaligen Residenz liegen sollte, da wollten zum ändern die Leute des andern Landkreises nicht die erhöhten Steuerlasten des anderen Kreises in Kauf nehmen! Es ist genau wie bei dem Versuch zum Anschluß an Preußen: man erstickt in Krähwinkel!

# hoffnungsloser Nationalismus

Eine Antwort an die „Breslauer Zeitung“  
A. Kr. Es ist bekannt, daß die neue Staatspartei die alten Grundzüge der Demokratie weitgehend über Bord geworfen hat, daß sie insbesondere außenpolitisch eine Schwertung nach rechts vornahm und den bisherigen friedensfreundlichen Standpunkt der Demokraten zum größten Teil aufgab. Der neueste Beweis dafür ist ja das bekannte Referat Ostas auf dem konstituierenden Parteitag der Staatspartei gewesen. Dieses Referat entwickelte Grundzüge der Außenpolitik, die sich von denen der Jugendbrigade nicht mehr viel unterscheiden, Herrn Trevizanus aber vor Reib haben klaf werden lassen. Es ist ferner bekannt, daß das hiesige staatsparteiliche Blatt, die „Breslauer Zeitung“, in dieser Preisgabe der von ihm bislang vertretenen Grundzüge besonders eifrig war. Es hat eine solche schillernde Angst vor den Nazis, daß es nicht nur eifrig in das Rufen nach der Revision der Ostgrenze einstimmt, sondern auch diejenigen angreift, die konsequent an ihrer seit jeher verfolgten friedensfreundlichen Haltung festhalten, wie es die „Volkswacht“ tut. Um den möglicherweise kommenden Nachhabern zu beweisen, daß auch es brav national ist, und daß man keine Kräfte nicht toll zu lassen braucht, reißt es sich heute morgen in einem kläglichen Editorial an uns, weil wir es gewagt haben, dem Genossen Otto Braun zu sagen, daß seine letzte Rede in Königsberg leicht nationalitätlich mißdeutet werden könne und daß seine Stellungnahme zu dem Problem der Ostgrenze einseitig sei und er in seiner Rede auf die eigentlichen Schwierigkeiten des Korridorproblems nicht eingegangen sei.

Sie verargt uns besonders, daß wir gewagt haben, zu sagen, daß auch eine Wiederangliederung des Korridorgebietes an Deutschland keine Lösung des Problems ist, weil sie offensichtlich die gleiche Ungerechtigkeit gegen die im Korridor wohnende polnische Bevölkerung sei, wie die ungerechte Abgrenzung des Korridorgebietes durch den Versailler Vertrag, daß wegen des Durcheinanderwohnens von Polen und Deutschen in diesem Gebiete eine Lösung dieser Frage auf dem Wege der Grenzziehung überhaupt nicht möglich und deshalb eine solche nur auf dem Wege der überstaatlichen Organisation zu finden sei. Sachlich widerlegen kann das Blatt unsere Auffassung freilich nicht; es macht vornehmlich auch gar nicht den Versuch dazu. Sondern es macht gegen uns lediglich Stimmung ganz im Stil der Nazis, indem sie unsere Liebe zum deutschen Volke in Zweifel zieht. Daß dabei unsere Auffassung auch gründlich entstellt wird, versteht sich am Rande. Wir verzielmäßen es, das im eingetragenen darzulegen; wir vertrauen darauf, daß unsere Leser besser lesen können, als dieses Blatt, dem die feige Angst vor den Drohungen der Nazis offenbar die Augen trübt. Wir brauchen deshalb auch die Selbstverständlichkeit nicht erst zu betonen, daß wir unsere Stellung nur deshalb einnehmen, weil wir glauben, daß nur eine solche Behandlung des Grenzproblems, wie wir sie im Auge haben, den Interessen des deutschen Volkes und insbesondere des deutschen Ostens wirklich dient. Es genügt daher, wenn wir zum Schluß nur noch kurz feststellen, daß der deutsche Osten nur leben kann, wenn Deutschland in ein gutes Verhältnis zu Polen kommt, weil nur dann, wenn Polen seine Grenzen öffnet, die ostdeutsche Wirtschaft Abfah finden kann, und daß das niemals der Fall sein wird, solange wir dauernd immer nur nach einer Abtretung polnisches Gebietes an Deutschland streben. Selbst wenn das nicht gleich zu einem neuen Kriege führen sollte, — die Gefahr, daß es dazu führt, ist sehr groß —, so bleibt das doch direkter wirtschaftlicher Selbstmord. Man verrät daher in Wahrheit die Interessen des deutschen Ostens, wenn man diese aggressive Politik gegen Polen treibt. Der „Breslauer Zeitung“ aber empfehlen wir, doch gleich am Anfang bei den Nazis zu bitten, wenn ihre Angst sie nicht mehr schlafen läßt. Das ist immer noch würdiger, als in dieser friedensfeindlichen Weise die nationalitätliche Ideologie der Nazis nachzubeten und dabei so zu tun, als ob man eine eigene Überzeugung und Meinung habe.

# Obstruktion und Krähwinkel in Schaumburg

Bückeburg, 26. November. (Eigener Bericht.)  
Schaumburg-Lippe ist das kleinste, aber leider auch die deutsche Ländchen, in dem eine rein sozialdemokratische Regierung die Geschicke des Landes leitet. Kein Wunder, daß die bürgerliche Minderheit des Land-

# Die Nazis haben Angst vor Diskussion

Der Diskussionsredner der SPD. darf nicht in die Nazisversammlung

Die sozialdemokratische Mehrheit drückt sich zwar in acht: Landtagsabgeordneten gegenüber sieben bürgerlichen Vertretern aus, aber zur Beschlussfähigkeit des Hauses gehören zehn Abgeordnete. Diese Bestimmung ermöglicht es leider der bürgerlichen Opposition, sämtliche Vorlagen durch Obstruktion unmöglich zu machen. Von dieser Möglichkeit macht die Opposition mehr als reichlich Gebrauch, ohne daß sich die sozialdemokratische Regierung dadurch jedoch irgendwie mühe machen ließe. Ihre ganze Kraft gilt dennoch der Landeswohlfahrt! Man kann deshalb von den neuen Landtagswahlen im April des nächsten Jahres erwarten, daß sie Schaumburg-Lippe wieder eine rote Mehrheit bringen.

# Die Nazis haben Angst vor Diskussion

Der Diskussionsredner der SPD. darf nicht in die Nazisversammlung

Deffau, 26. November. (Eigener Drahtbericht.)  
Da Deffau machte die Sozialdemokratie am Abend den Versuch, den Nationalsozialisten ihren Versammlungssaal in Rede und Antwort gegenzutreten. Die Nazis hatten als Redner den Landtagsabgeordneten Heines und den Deffauer Nazisführer Hauptmann vorgeschrieben.  
Nachdem die Nazisversammlung eröffnet wurde, hatten die hundert Reichsbannerleute und sozialdemokratische Arbeiter gegen Entziehung des Eintrittsgeldes in dem Versammlungssaal unbehelligt Platz genommen. Als dann der als Diskussionsredner in Aussicht genommene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Seger an der Reihe war, um Einlass zu begehren, trat ihm der Saalbesitzer entgegen und verweigerte ihm den Eintritt.  
In dem Moment, als die Deffauler Sozialdemokraten die Nazis vertrieben sich hinter ihr Hausrecht und hinter die Polizei, die sie zu Hilfe riefen. Die in dem Versammlungssaal anwesenden Republikaner zogen nach diesem Zwischenfall die Nazis geschlossen zu einer Rundgebung auf den Kleinen Platz, wo Seger dann das Wort nahm. Als die Veranstaltung ab war, kam es zu einem Zwischenfall, den ein in der Deffau überlebender Hakenkreuzler, ein sozialdemokratischer Arbeiter, verursachte. Dieser Mann war es, der die Nazis aus einem Lokal kommenden Reichsbannerleute mit Handgreiflichkeiten vor und bis einem der Reichsbannerleute eine Fingerkuppe ab. Der Reichsbannerleiter erhielt sofort eine große Tracht Prügel und wurde von der Polizei abgeführt.  
Die Feindschaft der Hakenkreuzler, sich ihren politischen Feinden selbst in ihrer eigenen Versammlung nicht zu zeigen, hat in Deffau allgemeine Verachtung hervorgerufen.

zwischen der kommunistischen Jugend und der SAJ-Opposition, und dieses Rundschreiben schafft auch die letzte Klarheit darüber, daß der SAJ-Oppositions-Rundbrief, der seit einiger Zeit wieder verbreitet wird, eine Angelegenheit der kommunistischen Jugendzentrale ist. Die sozialdemokratischen Jugend- und Parteioptionen werden also in Zukunft wissen, mit wem sie es zu tun haben, wenn von einer SAJ-Opposition die Rede ist. Es sind damit nicht die berühmten unzufriedenen Arbeiter aus dem Betrieb, von denen die Kommunisten immer reden, sondern es sind Beauftragte einer gegnerischen Organisation, die in dieser Zeit des Abwehrkampfes gegen den Faschismus nichts wichtigeres zu tun haben, als die sozialistische Arbeiterbewegung zu unterminieren.

# Calonder nach Warschau eingeladen

Warschau, 27. November. (Eigener Funkbericht.)  
Der polnische Außenminister hat den Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien nach Warschau zu einer Aussprache über die letzten Ereignisse in Ost-Oberschlesien eingeladen. Calonder wird dem Ersuchen stattgeben und wahrscheinlich am Freitag in Warschau eintreffen. Es ist bezeichnend, daß ein sich zur Regierungspartei zählendes Spät-Abendblatt vom Mittwoch die Einladung Calonders nach Warschau als Anfang einer polnischen Gegenaktion bezeichnet.

# England zu dem Terror in Polen

London, 26. November. (Eigener Drahtbericht.)  
Im Unterhaus wurde der englische Außenminister Henderson am Mittwoch von einem Abgeordneten der Labour-Party wegen der Zwischenfälle bei den polnischen Parlamentswahlen interpelliert. Der Außenminister erwiderte, daß die Regierung am Mittwoch in den Besitz eines Berichtes ihres Warschauer Gesandten gelangt sei und dieser Bericht zurzeit einer eingehenden Prüfung unterzogen werde.

# Ein kleiner sozialer Fortschritt in Frankreich

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.)  
Im Laufe der Mittwoch-Vormittags-Sitzung hat die französische Kammer ohne Debatte einen Gesetzesentwurf angenommen, nach dem den Hausangestellten und sonstigen Hausbediensteten künftig das Amt des Geschäftsvorgangsbefehlshabers fallen soll. Schon seit langem hat das Syndikat der Hausmeister und eine ganze Reihe anderer Bedienstetenverbände das Recht auf Ausübung des Vereinsrechts verlangt. Das Gesetz unter Hinweis auf die Unhaltbarkeit der aus der Zeit des „Ancien Regimes“ stammenden gesetzlichen Bestimmungen, in denen die Hausangestellten zu Personen minderen Rechtes gestempelt wurden.

# Trifft Baugoin doch zurück?

Wien, 27. November. (Eigener Funkbericht.)  
Die Regierung Baugoin wird nach dem Stand der Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien am gestrigen Abend aller Voraussicht nach vor dem Zusammentritt des Nationalrats zurücktreten und der Eröffnungssitzung des Parlaments nur als geschäftsführende Regierung beizubehalten. Wann jedoch die Verhandlungen über die Zusammenziehung der neuen Regierung abgeschlossen sein werden, ist bisher noch nicht abzusehen.

# Paris zu Litwinows Romreise

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.)  
Der Besuch Litwinows in Rom, der nach gewissen journalistischen Meldungen angeblich die Bildung eines deutsch-russisch-italienischen Blockes vorbereiten sollte, wird von der Pariser Rechtspreiße mit sichtlichem Wohlgefallen begrüßt, die seit Wochen in Erregung gefallene öffentliche Meinung wiederum zu alarmieren. Dagegen sehen die besonnenen Pariser politischen Kreise in der Propaganda um Litwinows Besuch nur eines jener zahlreichen Einseitigkeiten an, die die Nachrichten von einem eventuellen Besuch Litwinows in Berlin nicht ruhig und zurückhaltend kommentiert. Jedenfalls hält man es nicht für wahrscheinlich, daß Deutschland sich bereit finden könnte, bei dem faschistisch-bolschewistischen Bluff gegen die Weltmächte mitzumachen, zumal es dabei nichts gewinnen, aber sehr viel verlieren könnte.

# Der türkische Außenminister in Rom

Rom, 26. November. (Eigener Drahtbericht.)  
Der türkische Außenminister trifft am Donnerstag früh in Rom ein. Man wird gut tun, die Bedeutung dieses Besuches und der Verhandlungen, die nach den ersten Mitteilungen angeblich auf die Bildung eines Wirtschaftsblocks im Mittelmeer gerichtet sein sollen, nicht nach der politischen Seite hin zu übertrieben. Wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienstes“ zuverlässig erzählt, handelt es sich bei diesen Besprechungen lediglich um Wirtschaftsverhandlungen, d. h. um eine Ausdehnung des italienischen Exportmarktes nach der Levante und dem nahen Orient. Man hofft hier insbesondere auf neue große Bestellungen aus der Türkei.

# Die Kommunisten machen in der SAJ. zu wählen

Es wird uns geschrieben: Die Kommunisten sind seit langem an verschiedenen Orten des Reiches wieder sehr eifrig die sozialistische Arbeiterjugend bemüht. Insbesondere Spezialität ist die sogenannte SAJ-Opposition in den verschiedenen Zellen in der sozialistischen Arbeiterjugend auszuweisen. Daß es sich hier um ein heiliges Vorgehen der kommunistischen Jugend gegen die sozialistische Arbeiterjugend handelt, beweist ein vertrauliches Rundschreiben, das die Bezirksleitung des kommunistischen Jugendverbandes Niederschlesien an die Leiter der Ortsgruppe ihres Bezirks am 1. Oktober verschickt hat. In diesem Rundschreiben wird zunächst auf die Aufgabe der durchgeführten Reichswerkwoche der SAJ hingewiesen, um werden folgende Anweisungen gegeben:  
Die bestehenden Verbindungen zwischen uns und oppositionellen SAJ-Zellen müssen energisch ausgebaut werden. Frage der Einheitsfront von unten muß in den Vordergrund stehen. In jeder Gruppe der SAJ müssen öffentliche Veranstaltungen stattfinden, zu denen wir Delegierten und Parteidelegierten entsenden müssen.  
Die praktische Maßnahmen zur Organisierung der SAJ-Zellen werden vorgeschlagen: 1. Zusammenfassung aller SAJ-Mitglieder. Besondere Aufgaben stellen für diese 2. Regelmäßiger Verkehr der Oppositions-Rundschreiben der SAJ. Diese Briefe müssen ab Oktober regelmäßig monatlich an die entsprechenden SAJ-Mitglieder müssen uns sofort monatlich verschickt werden.  
In dem Rundschreiben heißt es zum Schluß: „An Material für die SAJ-Zellen, die in der SAJ (Zentralkomitee) herangezogen werden: 1. Eine Broschüre gegen die SAJ. 2. Ein Flugblatt der SAJ (zentral). 3. Ein Flugblatt gegen die SAJ. 4. SAJ-Oppositions-Rundbrief. 5. Informationsmaterial über die Lage in der SAJ. 6. Eine Jugendzeitschrift, die als Kampfmittel Verwendung findet.“  
Dieses Rundschreiben ist eine vorbildliche Schätzung der Lage der Kommunisten bei den verschiedenen Verbindungen der SAJ in der letzten Zeit ihre Hand im Spiel zu lassen. Sie verweisen in diesem Rundschreiben auf die bereits bestehenden Verbindungen

# Riesentundgebung gegen die Nazischande in Köln

Köln, 27. November. (Eigener Funkbericht.)  
Eine Riesentundgebung in der großen Messehalle in Köln, die von weit über 6000 Menschen besucht war, hielt am Mittwochabend die erste große Abrechnung mit den nationalsozialistischen Verberberern Deutschlands. Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner, Arbeiterpartei und Arbeiterfront hatten die Kundgebung Anlass gefunden. Teilung vor der Versammlung waren die Eintrittskarten ausverkauft.  
Als Redner waren die Reichstagsabgeordneten Dr. Hoegner, Rönneke und Sollmann erschienen. Wie lauten die Stimmen der beiden Redner auf den Nationalsozialismus und seinen Führer, den weltlichen Hochapostel Hitler, dessen Werk der Empörung wagt empör, als Hoegner die Tatzen der

Fememörder schilderte. Laute Pfuirufe durchdrömten den Saal, als der Redner die Schande der Nationalsozialisten aus den Rängen der Novembertagen des Jahres 1933 wiedergab. Genug der Blutpolitik. Schäpferlicher Aufbau durch mühselige Arbeit, das sei Aufgabe der Sozialdemokratie im Dienste des deutschen Volkes. Oft wurden die Redner von Beifallausbrüchen unterbrochen und mit höchstem Schall laut ausgesprochen, als Sollmann erklärte:  
Wenn die Nationalsozialisten nicht aufhören, an die physische Kraft zu appellieren, werden wir unsere Jugend, unsere Gewerkschaftler und unsere Sportler aufrufen, dann werden die Arbeiter mit ihren Fäusten die Feinde des Volkes niederzuschlagen werden.  
Die Versammlung endete mit brausenden Hochrufen auf die freie Arbeiterbewegung ohne jeden Zwischenfall.



## Neue große Betrugsprozesse

### Ein weiterer Konsortiumsprozess mit 75 Angeklagten umfangreiche Unterschlagungen durch Wohlfahrtspfleger

#### Serie der „Gebrechlichen“

Es war eine außerordentlich umfangreiche Verhandlung, sie dauerte acht Stunden. Es waren diesmal in der Hauptsache Leute auf der Anklagebank.

Während sie zur damaligen Zeit, als sie die Anklage zur Last gelegten Betrügereien begingen — im Jahre 1928/29 — alle legenden ein Leiden. Der eine hatte Gelenkschmerzen, der andere Zahnschmerzen, einer hatte mit dem Kopf zu tun, ein anderer über mangelnden Haarwuchs zu klagen, ein anderer wieder ein Ohrenleiden und der nächste N. mußte sogar täglich Bäder nehmen.

Die gebrechlichen Zustände brauchten alle unbedingt Hilfe. Man sah sie in Hochfrequenzapparaten und in Luftkompressoren. Diese Apparate sollten nun aber bei ihnen eine Heilwirkung ausüben, sondern sie wurden wie ein Mittel zum Zweck gemacht. Nach dem Muster, ebenso wie bei den Staubläsern, ließ sich einer als Vertreter anwerben, die übrigen wurden Untervertreter, und so schloß sich schließlich Vertreter und Käufer in einer Person. Geschädigt wurden eine Reihe ausbreiteter Personen. Die in Breslau ihren Generalvertreter beschäftigten. Die einzelnen Apparate wurden mit 70 Mark bis 100 Mark verkauft. Angekauft wurden manchmal 10, auch 20, meistens aber überhaupt nichts. Wie auch bei früheren Verfahren wurden hier auch alle Geschäfte in Cafés und abgehandelt, wobei es auch nicht so genau darauf ankam, ob irgend eines andern Namen unter den Bestellheften Einzelne Firmen wurden durch diese raffinierten Betrügereien betrügt, in einigen Fällen um mehr als 1000 Mark insgesamt richtete sich die

#### Anklage gegen 75 Personen,

verschiedenen Gruppen verhandelt wurden, in denen die Angeklagten immer wiederkehrten. Nur wenige sind ihnen, die unumwunden zugeben, daß sie den Apparat und für 20 bis 30 Mark verlegt haben. Ein großer Teil der Apparat überhaupt nicht bekommen zu einer hat, nachdem ihm der erste nicht geliefert worden war noch einen zweiten bestellt. Die Verteidigung einiger ergibt manchmal die komischsten Situationen, und einer gar zu bis hinwinkt, liegen sich die Angeklagten. Einer, der unumwunden die Wahrheit sagt, was die andern Angeklagten sehr verärgert, ist Chorus. Er sagt, daß ihm eines Tages in einem Café von dem Verkäufer ein Kasten in die Hand gedrückt worden sei und eine Rechnung über 150 Mark dazu. Zu Hause habe er abgesehen, was eigentlich in dem Kasten drin war. Da der Apparat nichts anzufangen wußte, habe er ihn und sich mit der 150-Mark-Quittung legitimiert. Diese hat ihm jedenfalls den einen Vorteil gebracht, daß er Spaziergang nach seiner Wohnung antreten kann, um Erlaubnis zu holen. Er erzählt weiter, daß er direkt Angst habe, ein Café zu besuchen, damit ihm nicht wieder ein

solcher Kasten gegeben werde. Einige befinden sich auch unter den Angeklagten, die empört darüber sind, daß man sie in den Anklagezustand verlegt. Sie bringen auch Beweise dafür bei, daß sie damals zahlungsfähig waren.

#### Eine löbliche Episode

spielt sich auch gelegentlich auf der Anklagebank ab, als bei den Auslagen einer den andern belästigt und einer vom andern behauptet, er sei noch ein viel größerer Schwindler. Dem Staatsanwalt wäre jedenfalls am allerbesten gedient, wenn sich die Herrschaften öfter einmal in die Haare fahren würden, denn dann dürfte noch manches herauskommen, was auch durch die intensiven Ermittlungen nicht ans Tageslicht kommen wird.

Da die meisten der Angeklagten schon in der Staubläserserie eine Rolle spielten, und sich diese Hochfrequenzapparate-Schwindeleien ungefähr um dieselbe Zeit der Staubläserbetrügereien abwickelten, haben die Angeklagten zu ihrer Erwerbslosenunterstützung einen ganz hübschen Zuschuß gehabt.

Gestern ging die Serie der Hochfrequenzapparate und Radiumkisten zu Ende. Es wurden noch die Zeugen vernommen, woraus sich ergab, daß die Angeklagten dieser Serie im ganzen acht auswärtige Firmen geschädigt haben. 36 Apparate wurden verlegt, weitere 30 Apparate, die bestellt worden waren, sind zurückgegangen. Interessant war auch die Aussage eines Zeugen, daß die Bestellzettel in Lokalen von Hand zu Hand gingen.

#### Wer gerade wollte, unterschrieb

Eine Reihe von Bestellheften waren auch dabei, die fremde Namen trugen. Von allen Aufträgen, die durch die Angeklagten erteilt wurden, war nicht ein einziger in Ordnung. Trotzdem bleiben sie dabei, sich damals kaum gefant zu haben. Am Nachmittag nahm noch der Vertreter der Staatsanwaltschaft das Wort zur Schuldfrage und er wies darauf hin, daß gerade die Erörterung dieser Serie mit voller Deutlichkeit das ganze System der Angeklagten beleuchtet habe. Diese Hochfrequenzapparate wurden zur selben Zeit bestellt wie die Staubläser. Man hatte sich also ganz verschiedene Gebiete für die Betrügereien ausgesucht. Er äußerte sich dann zu der Schuldfrage der einzelnen Angeklagten, stellte aber Strafanträge noch nicht, da die Angeklagten in späteren Serien wiederkehrten.

In ihrer Verteidigungsrede äußerten sich die verschiedenen Angeklagten je nach ihrem Temperament, alle aber behaupten, Betrugsabsichten nicht gehabt zu haben und versuchen nachzuweisen, daß sie damals zahlungsfähig gewesen seien. Einer der Angeklagten, den schon wiederholt seine Nervenzustände im Stich ließen, gerät auch jetzt wieder in sehr große Erregung. Ganz besonders häßt er natürlich den Staatsanwalt, dem er den Kampf bis an sein Lebensende anlagte. Köstlich war wieder Chorus; er meinte der Staatsanwalt habe ganz recht. Die Sache mit dem Apparat und der quittierten Rechnung habe seine Wichtigkeit und wenn er hier von einem jüdischen Herrn belästigt wurde, könne er nur jagen,

#### er kann die Kasse nicht leiden

So war auch wieder ein ganzer Tag vergangen, so daß in den Abendstunden die Verhandlung abgebrochen und auf Donnerstag vertagt wurde.

## Die veruntreuten

Beamten wird nur dem Erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Fabig eine Klagenangelegenheit ausgestellt. Die mit zu den übelsten gehört, als aufgedeckt wurden. Die ganze Angelegenheit ist jedwedenfalls die Frage der ehrenamtlichen Wohlfahrtspfleger nicht einmal zur Debatte zu stellen. Eingeweihte behaupten, daß lange nicht der ganze Stand aufgedeckt worden sei, was hier zur Erörterung kommt, genügt einstweilen. Im Kreisbezirk 65 in der Gegend der Kant- und Fichtestraße als als Wohlfahrtsdirektor der 60 Jahre alte Reichsbahnbeamter K. Paul S. Er hatte dieses Amt seit April 1927 bis Februar 1929 inne. Ihm unterstand als Bezirksleiter der 57 Jahre alte Taxator Karl R. Die schriftlichen machte vornehmlich der 32 Jahre alte Zeitangestellte Magistrat N. Er war auch gleichzeitig Wohlfahrtspfleger leitender Bezirksvorsitzender. Diese drei hatten sich nun über die Zeit — d. h. nach dem Geständnis des K. — zu einem Tun zusammengeschlossen, denn die andern bestanden in der Unregelmäßigkeit begangen zu haben.

Legt ihnen Amtsentlassung und Untrene  
Angelegenheit mit Betrag zur Last, des weiteren, daß sie  
und Register unrichtig geführt, Berechnungen  
gefälscht und Pflanzstempel vernichtet haben.

drei Angeklagten waren ehrenamtlich  
sie wurden, wie das immer bei solcher ehrenamtlicher  
tätigkeit ist, als Beamte durch Handhabung verpflichtet. Die  
Angelegenheit kam dadurch ins Rollen, daß K. im Januar  
einer anderen Kreisstelle als Sachbearbeiter zugewiesen  
sein Nachfolger machte verschiedene Beamtenangaben,  
eine Untersuchung eingeleitet wurde, die schließlich zur  
Anklage der drei genannten führte. Nach der Anklage  
sich fortgesetzt, und zwar vom Juli 1928 bis  
Januar 1929, strafbar gemacht haben. Der Ge-  
richt, den sie angeklagt haben, soll sich am 2386 Mark be-  
Es sollen verschiedene Systeme gewesen sein, die sie zur  
eigener Vorteile angewandt haben. Vornehmlich  
bei der Auszahlung von laufenden  
Ausgaben ihren Pflanzlingen zunächst nur  
Leibzettel gezahlt und sich darüber haben  
lassen. Wenn der Rest gezahlt wurde, mußte von dem  
Angen noch eine Gesamtsumme gegeben werden. Auf diese  
Art sei zwei verschiedene Quittungen in den Händen, wo-  
bei Ansehen erweist wurde, als würde den Pflanzlingen  
eine einmalige Unterstüzung gewährt.

betreffende Wohlfahrtskommission, die die Unter-  
stützung bewilligen sollte, setzte sich aus den drei Angeklagten  
und 30 Wohlfahrtspflegern zusammen. Vorchriftsmäßig  
Kommission nur dann beschlußfähig, wenn ein Drittel der  
Mitglieder anwesend war. Die Angeklagten behaupten allerdings,  
die Bestimmungen und Verfügungen ständig gemeinschaftlich hätten,  
die Angeklagte K. hat sich die Satzungen sogar erst dann  
erschaffen, als bereits das Verfahren gegen ihn schwebte. Es  
ist bestimmt anzunehmen, daß K. als Sachbearbeiter der  
Angelegenheiten Kasi mit Arbeit überlastet  
sich einmal in dem Bezirk 2500 Leute zu betreuen  
abgeben von den bereits angeführten doppelt  
so vielen, sollen die Unterstüzungsempfänger auch über höhere  
Quittungen haben, wie sie erhielten, auch sollen ihnen Quittungen  
zur Unterstüftung vorgelegt worden sein.

solche sollen aber auch die drei Angeklagten ohne  
die anderen Mitglieder der Wohlfahrts-  
kommission einmalige und laufende Unterstützungen be-

## Wohlfahrtsgelder

willigt und ausgezahlt haben und zwar meistens an weiblichen Personen, um ihnen deren besondere Dank zu erweisen.

Solche Günstlingsunterstützungen sollen sogar an Personen gezahlt worden sein, die in anderen Wohlfahrtsbezirken wohnten und die teilweise sogar Doppelunterstützungen erhielten. K. ist im wesentlichen mit Ausnahme weniger Fälle geständig. Er gab auch unter Protest das H. an, daß die übrigbleibenden Beträge geteilt worden seien. Im übrigen ist es ja auch bekannt gewesen, daß sich der Vorstand des Bezirks 65 sehr viel in Cafés und in Gastwirtschaften aufhielt. K. soll nicht an allen, sondern nur an einigen Fällen beteiligt sein; doch tatsächlich konnten die Unterstützungen nur deshalb so lange verborgen bleiben, weil die am maßgebenden Stelle stehenden Personen sie zusammenhielten. Zu der Verhandlung, die auf jenseit drei Wochen berechnet ist, sind 73 Zeugen geladen; dies sind vornehmlich Mitglieder der Wohlfahrtskommission und Unterstüzungsempfänger. Schon am ersten Verhandlungstage wurden zwei Unterstüzungsempfänger als Zeugen vernommen. Ein Arbeiter hat weder eine Unterstüzung von 40 Mark, noch von 10 Mark erhalten, obgleich von ihm Quittungen vorliegen, deren Unterschritt er allerdings stark bezweifelte. In einem weiteren Fall wurden zweimal 70 Mark nicht gezahlt. Diese Angelegenheit ist ganz besonders kompliziert. Der Unterstüzungsempfänger war von einer anderen Kommission abgelehnt worden. Die „Sonderkommission“ hatte ihm am gleichen Tage eine laufende Unterstüzung bewilligt, ihm aber als Pfleger den Angeklagten K. zugewiesen. Die weitere Beweisaufnahme dürfte noch recht interessante Einzelheiten an das Tageslicht bringen. Mit besonderem Interesse wird die Vernehmung der weiblichen Unterstüzungsempfänger entgegenzusehen. Leider muß der, weite Kreise interessierende Prozess in einem kleinen völlig unzureichenden Saal stattfinden, weil alle verfügbaren Säle mit größeren und kleineren Prozessen besetzt sind.

## Vom Spielteufel befallen

Der 56 Jahre alte Kaufmann Doementhal war Jahrzehnte hindurch der Sogus des Teppichhauses Aber. Seine Spielbeidenhaft hatte ihn schließlich zum Bettler gemacht; denn er verlor in dem gleichen Klub, in dem auch Rechtsanwalt Kalisti sein Geld verspielte, sein gesamtes Vermögen. Als er nichts mehr besaß, schied er aus der Firma Anfang des Jahres 1929 aus. Was ihm geblieben war, waren die Wirtentarten, auf denen zu lesen war, daß er Mitinhaber der Firma Aber ist. Auf diese Wirtentarten wollte er sich eine neue Existenz aufbauen. Bei Juwelieren „kaufte“ er

#### Reichstagsabgeordneter

### Hans Ziegler.

spricht am Freitag, den 28. November, 14 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses zu den erwerbslosen Parteigenossen über Erwerbslose und Wirtschaftskrise

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches

wertvolle Brillantringe, von denen jeder einzelne beinahe das Jahresinkommen eines Arbeiters bedeutet. Er legitimierte sich mit der Diktierkarte, und die Geschäftsleute waren froh, ein gutes Geschäft zu machen. Einen Ring, der die Kleinigkeit von 725 Mark kostete, wollte Herr L. in zwei Raten bezahlen. Doch kaum hatte er den Ring, wurde er für 250 Mark veräußert. Mit diesem Gelde begab er sich wieder in den Spielklub, um zu gewinnen, aber er hatte wieder Pech, und so wurde nochmals ein Brillantring gekauft, ohne Bezahlung, und für 200 Mark weiterverkauft. Auch dieses Geld wurde verspielt. In einem dritten Falle hat der Juwelier den Ring zurückbekommen. Dieser Ring stand der bisher unbestrafter Mann vor dem einfachen Schöffengericht, um sich wegen Betruges in drei Fällen zu verantworten. Er war geständig. Allen Ernstes gab er an, daß er seine ganze Hoffnung auf das Spiel gesetzt hatte, um wieder Mittel in die Hand zu bekommen. Das Gericht berücksichtigte auch seine Notlage und daß die Geschäftsleute ihm die Betrügelei ziemlich leicht gemacht haben, und verurteilte ihn dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend zu zwei Monaten Gefängnis.

#### Breslauer Schwurgericht

Unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Steinfeld beginnt am 17. Dezember die letzte diesjährige Schwurgerichtssitzung. Vertreter des Vorsitzenden ist Landgerichtsrat Reichensbach. Richterliche Beisitzer sind die Landgerichtsräte Kubart und Kutsch. Als Geschworene wurden einberufen: Kreisleiter Richard Nawroth aus Neumarkt, Gutbesitzer Gustav Pohl aus Münchwig, Kreis Breslau, Rittergutsbesitzer Georg Hirschel aus Bismich am Berge, Wirtschaftsinpektor Eugen Albrecht aus Breslau-Pilsnig, Oberstudienrat Karl Berndt aus Breslau und Kaufmann Felix Rosenbergl, ebenfalls aus Breslau. Zur Verhandlung wurde vorläufig nur ein wissenschaftlicher Meineid angelegt.

#### Breslauer Strafurteile vor dem Reichsgericht

Wie leinerzeit berichtet, hatte gelegentlich einer Verhandlung vor dem Einzerrichter, Abteilung Verleumdungssachen, der Kaufmann Knodel den gegnerischen Anwalt, Justizrat Bid, mit einem Stuhl niedergeschlagen. Das Erweiterte Schöffengericht hatte K. zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die vom Verteidiger eingeleitete Revision setzte die Große Strafkammer mit Rücksicht auf das aufgezogene Wesen des K. die Strafe auf drei Monate Gefängnis herab. Hiergegen legte der Beschuldigte Revision beim Reichsgericht ein. Dieses hat nun das Urteil der Strafkammer aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Der Zahnarzt Dr. Köblich war vom Erweiterten Schöffengericht Liegnitz wegen schwerer Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden; der mitangeklagte Rechtsanwalt Haeßelbach war freigesprochen worden. Die von Dr. Köblich eingeleitete Revision hatte die Große Strafkammer verworfen. In beiden Instanzen war festgestellt worden, daß K. in einer Nacht einem Arbeiter gelegentlich eines Streites ein seltentartiges Zahninstrument in den Leib gestoßen hatte, so daß der Verletzte längere Zeit im Krankenhaus zubringen mußte. Auf die von K. eingeleitete Revision hat das Reichsgericht das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Erweiterte Schöffengericht in Liegnitz verwiesen.

#### Eine Fliegerchule in Breslau

Bei der Flughafen Breslau G. m. b. H. schweben, wie uns mitgeteilt wird, zurzeit Verhandlungen mit der bekannten Breslauer Firma Autofahrerschule Kleist & Co. wegen Einrichtung einer Fliegerchule auf unserem Flughafenlande. Die Schule will ihren Betrieb bereits im kommenden Frühjahr, möglichst schon am 1. März 1931, eröffnen und wird von einer in der deutschen Luftfahrt als Ausbilder bekannten Persönlichkeit geleitet werden. Durch das in bester Ordnung befindliche und peinlichst gepflegte Rollfeld ist für einen sicheren Schulbetrieb besonders Gewährleistung gegeben. Die Ausbildungsgebühren sollen sich, wie die Flughafenverwaltung erfahren hat, in für allen Kreisen erschwinglichen Grenzen bewegen. Auskunft erteilt jederzeit die Verwaltung der Flughafen Breslau G. m. b. H., Breslau, Gartenstraße 26, Fernsprecher 547 89.

An und für sich wäre gegen eine Errichtung einer Fliegerchule, wie wir sie anderwärts bereits besitzen, nichts einzuwenden. Nur sollte man gerade in der heutigen Zeit auf das genaueste die Notwendigkeit einer solchen Schule in Breslau überprüfen, um keine Fehlgründung zu tun. Lediglich um anderen Orten mit großen Flughäfen nicht nachstehen zu wollen, wäre durchaus kein Grund für ein solches Unternehmen. Zwei Fragen dürften hierbei noch die Öffentlichkeit interessieren, wie diese doch immerhin mit Geldlosten verbundene Einrichtung finanziert werden soll und warum ausgerechnet die in Fragekreisen nicht gerade sehr beliebte Firma Kleist hierfür gewonnen werden soll.

#### Neue Verkehrsregelung

an der Kreuzung Ohlauer — Schweidnitzer Straße

An der Straßenkreuzung Ohlauer — Schweidnitzer Straße — Ring bietet das Ueberholen für die aus Richtung Schmiedebrücke nach Süden fahrenden Fahrzeuge eine starke Gefahrenquelle dadurch, daß die westliche Fluchtlinie der Schweidnitzer Straße erheblich in die Fahrbahn hineinragt, und die Straßenbahngleise an dieser Stelle infolge der baulichen Verhältnisse unmittelbar an der Vordereinfahrt entlang führen.

Zus diesem Grunde hat der Polizeipräsident angeordnet, daß Fahrzeuge, die aus Richtung Schmiedebrücke in südlicher Richtung fahren, beim Zeichen „Halt“ an der nördlichen Regelmarkierung anhalten und beim Zeichen „Freie Fahrt“ erst anzufahren, wenn eine dort ebenfalls wartende Straßenbahn die Kreuzung passiert hat. Das Ueberholen in der bezeichneten Richtung ist an dieser unübersichtlichen und beengten Wegstelle allgemein verboten.

#### Arbeit mit dem Messer

Nächtliche Auseinandersetzung.

An der Gasse Hohenzollern-Viktoriastraße kam es in der vergangenen Nacht zu einer Schlägerei, bei der der 22jährige Handlungsgehilfe Günther K. und der 32 Jahre alte Kaufmann Adolf S. von drei anderen Männern angegriffen wurden. Die drei sollen die beiden andern verächtigt haben, eine Scheibe eingeschlagen zu haben. Bei der Kellerei wurden auch Messer in Bewegung gesetzt und die zwei Angefallenen so überfallen, daß sie eine Unfallstation aufsuchen mußten. Ein Bediensteter einer Schließgesellschaft hat später ein Messer gefunden und der Polizei abgeliefert. Die Messerbesitzer sind aber noch nicht ausfindig gemacht worden.

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bild.



# Die deutschen Nationalisten rühren sich Heimattreue fordern Rückgabe von Ostoberschlesien

Wahlterror in Polen ist keine besondere Erscheinung... Die Heimattreuen fordern Rückgabe von Ostoberschlesien...

Wir erwarten, daß Sie, Herr Präsident, als Vertreter des... Die Heimattreuen fordern Rückgabe von Ostoberschlesien...

Wir erwarten, daß Sie, Herr Präsident, als Vertreter des... Die Heimattreuen fordern Rückgabe von Ostoberschlesien...

Wir erwarten, daß Sie, Herr Präsident, als Vertreter des... Die Heimattreuen fordern Rückgabe von Ostoberschlesien...

Wir erwarten, daß Sie, Herr Präsident, als Vertreter des... Die Heimattreuen fordern Rückgabe von Ostoberschlesien...

Wir erwarten, daß Sie, Herr Präsident, als Vertreter des... Die Heimattreuen fordern Rückgabe von Ostoberschlesien...

Niedererschlesien A.G. und die Provinzialverwaltung erhoben... Um eine gründliche, im alleseitigen Interesse liegende Aufklärung herbeizuführen...

Explosion ereignete sich im Grundstück des hiesigen Schmiedemeisters... Als dort die Ehefrau des Schmiedes in der Wohnstube im geheizten Ofen einige Kohlen nachlegte...

Sturm demoliert eine Kirche. Der Sturm riss hier den Kuppelaufsatz der hiesigen evangelischen Kirche um, der etwa 40 Meter hoch abstürzte...

Schiffbruch auf der Oder. Bei Kahlhaus, Kreis Liegnitz, liefen drei Oberlöhne auf. Während zwei von ihnen wieder flott gemacht werden konnten...

Liegnitz. Die nächste Stadtverordnetenversammlung soll sich zum zweiten Male mit der Einführung der Regesteuer befassen...

## Sturm im Neumarkter Stadtparlament! Herr Müller tobt — und bleibt alleine

Am Dienstag sollte in Neumarkt mit einigen Dutzend Punkten der Tagesordnung die Stadtverordnetenversammlung unter dem Vorsitz des Wirtschaftsparteilers Müller stattfinden... Die Wirtschaftspartei sich mächtig für diese Steuer eingesetzt hatte...

Als nun Genosse Braunert über die Einführung einer Abgabe von 1 Mark für die Reinigung der Fleischer- und Viehhändlerwagen auf dem Schlachthof referierte... Die Wirtschaftspartei für die niedrige Abgabe von 50 Pf. der „notleidenden“ Fleischer ein...

Jetzt muß man abwarten, ob bei der nächsten Versammlung diese Herren der Ordnung die härteren Fäuste haben werden, nachdem das Gehirn sie verlassen hat.

## Haushaltberatung in Rantsh

Der Bürgermeister kreist — Eigenartige Feststellungen bei der Einzelberatung. Am Montag wurde in der Rantsher Stadtvertretung mit der Haushaltberatung, der eine Vorgesprächung vorausging, begonnen...

Ganz überraschend kam plötzlich die Mitteilung des Bürgermeisters, daß die Magistrate mitglieder zu einer Beratung zurückgehen... In dem weiteren Verlauf der Beratungen konnte man hören, daß ein Angestellter der Kammer im Ort in einer höheren Gruppe rangiert...

Großbesitz, Kreis Görlitz. Eröffnung einer Silberhüttenfabrik. In Verbindung mit der Jubiläumshüttenfabrik Rannschwarzer und einer Pelztierhüttenfabrik des Reichsbundes Deutscher Pelztierzüchter...

Krusdorf. Eine Leiche auf dem Bahndamm. Auf der Liegnitzer Bahnstrecke fand man in der Nähe des Schrankenpostens 308 a eine in zwei Teile geschnittene männliche Leiche. Die Personalien des Toten sind noch nicht geklärt...

Neurode. Zwangsweise Einführung der Bürgersteuer. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat die Einführung der drei neuen Steuern der Notverordnung abgelehnt hatten und in der Stadt die Gewerbesteuer die von der Regierung angelegte Grenze von 1200 Prozent überschreitet...

Frankenstein. Regesteuer angenommen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte der vom Magistrat und Staatskommission vorgeschlagenen Einführung der Bürgersteuer in Frankenstein mit 15:7 Stimmen zu...

Mittels. Schon wieder Hochwasser. Mittels ist durch die aufopfernde Barock erneut vom Hochwasser bedroht. Der Kreis Mittels-Trachenberg verzeichnet damit innerhalb von zwei Monaten drei Hochwasserperioden.

Im Zuhörerraum waren etwa 60 Personen anwesend; es wäre aber zu wünschen, daß auch die Arbeiterschaft mehr Interesse an den Sitzungen zeigt.

Prokau. Gemeindevertretersitzung. Morgen, 18 Uhr, findet im Sitzungssaal des Rathauses eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Herabsetzung des Wassergeldes für die Sadebant des Bau- und Sparvereins...

Prokau. Nach Amerika ist am 26. November der Sohn unseres hiesigen Kolporteurs Genosse Gürtner ausgewandert. — Auf frohes Wiedersehen!

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt. Sekretariat: Margaretenstr. 11, Gartenhaus Neubau, Zimmer 170-176. Telefon 9064, 9065. Ggf. von 4. 17 und 18-19 Uhr. Kalksch. Donnerstag, den 27. November, im Lokal „Zur Provinz“, abends 20 Uhr, Mitgliederversammlung...

Kanitz. Donnerstag, den 27. November, abends 20 Uhr, bei Besse in Kanitz: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Apfelstädt.

Leititz. Sonnabend, den 29. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Brendel. Redner: Genosse Apfelstädt.

Krasau. Sonnabend, den 29. November, findet hier mittags 10 Uhr eine öffentliche Erwerbslosenversammlung bei Dollinger statt. Redner: August Dinte, Breslau.

Heute 19. u. 20. Dezember 1930 Große Gewinnliste 50 Pfennig Lotterie für Arbeiterwohlfahrt. 19654 Gewinne und 3 Prämien. 500000, 20000, 10000, 35000, 50000, 30000, 20000, 10000. Auf Doppellose fällt doppelter Gewinn. Lose 50 Pf., Doppellose 1 Mark. Gedruckt am 10. Dezember 1930. Verkauft durch alle Lotterienämter.

## Ferngas-Beschwerden

In Hirschberg mehren sich in den letzten Wochen die Beschwerden über die Beschaffenheit des von der Rön A.G. durch Fernleitung zugeleiteten Waldenburger Erdgases. In der letzten Sitzung des Stadtparlaments erklärte Stadtrat...





## Der Kater des 20. Jahrhunderts Abbe Turmel, der Geistliche mit den 14 Pseudonymen, vom Papst in Bann erklärt

Der Heilige Stuhl hat über den 71jährigen Abbe Turmel, der dem großen Kirchenbann verhängt. Es ist das die Form der Exkommunikation. Der Pfarrer ist nicht nur exkommuniziert, er ist gewissermaßen außer Kirchen-Gesetz für vogelfrei erklärt, darf keinem Gottesdienste teilnehmen, tut er das, so wird er mit Schmach und Schande verurteilt, er wird verhaftet. Niemand darf in mündlichem noch in schriftlichem Verkehr mit ihm sein. Es ist verboten, mit ihm gemeinsam zu speisen. Kein Katholik darf ihn auf der Straße grüßen. Weshalb die strenge Strafe für den 71jährigen Abbe Turmel?

### Das Aufbegehren des jungen Pfarrers

Der erste Gewissenskonflikt des Pfarrers Turmel, gleich dem Konflikt mit der offiziellen Kirche, liegt 38 Jahre vor ihm. Als Professor der Theologie hielt er nicht mit seinen an gewissen Dogmen der katholischen Kirche zurück. In seinen Vorlesungen kam Unruhe und Verwirrung, seine Vorträge witterten Gefahr, der Lehrstuhl wurde ihm entzogen. Er wandte sich der Kirche, versprach, in Zukunft von ihren Lehren abzuweichen und wurde wieder in seinen Lehren bestätigt. Er hielt Messen ab, taufte die Neugeborenen, lehrte die Katechisten, trauete die jungen Liebenden, gab Worte christlicher Ermahnung mit auf den Lebensweg. Er wurde von der Kanzel, wurde Beichtvater in einer Frauenanstalt. Niemand konnte ihm auch nur das Geringste ankreiden. In Wirklichkeit hatte er mit seinen Zweifeln an den Dogmen, die man ihm auferlegt, reißt er sich. Er konnte nicht schweigen. Er mußte schreiben. Die Pseudonyme...

### Der Schwur des Verdächtigten

Turmel zog die heiligsten Dogmen und Mythen der Religion in Zweifel, erklärte das Evangelium für unecht, bestritt die Gottheit Christi, die unbefleckte Empfängnis und das Sakrament der Messe. 1918 ließ der Bischof Duchin entlarven es. Er erklärte, daß die Pseudonyme Dupin und Vellin Turmel gehörten. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Der Abbe Turmel sollte sich rechtfertigen. Unter Anrufung Gottes beschwor er die Unschuld; die inkriminierten Bücher würden ihm namhaft. Abbe Turmel konnte ruhig im Namen Gottes schwören; er glaubte ja nicht mehr an Gott. 1910, 1911 erschienen sieben neue Bücher unter den Pseudonymen. Unmittelbar nach ihrem Erscheinen ließen sie auf den Index — auf die Liste der von der Kirche verbotenen Schriften. Sie wurden gelesen, stifteten Unruhe und gefährdeten die Autorität der katholischen Kirche.

### Ein Leben zwischen Gott und Teufel

Das ganze Jahr hindurch, Tagüber erlebte der Pfarrer die Qualen eines Geisteskranken, gelebterte, nahm Zeichen der Unruhe, diente Gott und Jesus Christus; abends, im Studierzimmer, vergraben in die Folianten, arbeitete er an Manuskripten. Nachts hatte der „Herr der Hölle“ einen Gewalt, und der „Gott“ des Tages war machtlos; es war der Pfarrer in zwei Teile gespalten. „Gott“ und „Teufel“ kämpften in ihm und Gott unterlag. „Gott ist ein Lügner“, hieß es in einem seiner Bücher, und die Idee

des Gottes ein Abbild, geboren aus Wahnsinn“. Mit dem ersten Morgengrauen verflüchtete sich der „Teufel“ und wieder kniete der greise Pfarrer bei der Morgenmesse voll Inbrunst vor dem gekreuzigten Christus.

### Die Entlarvung

Vielleicht war es mehr als bloßer Zufall, was Pfarrer Turmel zum Verhängnis wurde. Vielleicht gelüftete es ihn, dem Spiel, das er mit der Kirche trieb, die Krone aufzusetzen, durch Selbstenttarnung den höchsten Triumph seines Lebens zu genießen. Den Kampf, den die feindlichen Mächte in ihm selbst miteinander ausfochten, trug er nun nach außen. Unter dem Pseudonym Louis Coulange und Hypolyt Gallierand griff er sich selbst an — sich, den Pfarrer Turmel. Die Spaltung der Persönlichkeit des Abbes hatte den Höhepunkt erreicht.

Da geschah das Entscheidende. Der Professor der Theologie an der Straßburger Universität Abbe Rivier, verfasste eine Kritik des Gallierand'schen Buches. Turmel, durch den Inhalt des Artikels verlezt, richtete an den Abbe Rivier einen Brief mit der Unterschrift Gallierand. Zugleich mit diesem Schreiben traf aber in der Redaktion der theologischen Zeitschrift, deren Redakteur Abbe Rivier war, ein Brief des Abbe Turmel ein, unterzeichnet mit seinem richtigen Namen. Die Ähnlichkeit der Handschriften war unverkennbar. Der Abbe Rivier berichtete unverzüglich an den Vatikan. Eine Kommission wurde eingeleitet. Handschrift, Stil, wissenschaftliche Schreibweise und manches andere ließen keinen Zweifel: Abbe Turmel hatte jahrelang ein treuehastiges Doppelspiel getrieben. In zwei Briefen an den Kardinal von Rennes, Charot, gestand er, was er fast vierzig Jahre verleugnet. Unter 14 Pseudonymen hatte er eine große Anzahl anti-religiöser Bücher und zahlreichere Artikel veröffentlicht.

### „Meine eigene Vorstellung“

Jetzt war Abbe Turmel frei. Er gedachte nicht, sich zu beugen. „Ich bin ein Mensch der Wissenschaft. Die Meinung der Welt kümmert mich nicht. Ich bleibe bei jedem Wort, das ich geschrieben, ich habe nichts zu bereuen. Ich bin überzeugt, daß die Evolution der Religion notwendig und unausbleiblich ist. Wenn ich mit der Kirche nicht gebracht habe, so nur, weil ich einen Skandal vermeiden wollte. Mein Schreiben waren nicht für das große Publikum geschrieben. Nach wie vor bin ich Pfarrer. Denn das Amt ist mir auf Ewigkeit verliehen. Ich habe nur meine eigene Vorstellung von Gott, die auf meinen wissenschaftlichen Forschungen beruht.“

Der Heilige Stuhl hat dem Abbe Turmel den Weg zur Rückkehr in den Schoß der Kirche offen gelassen; er braucht nur wahre Beweise seiner Reue zu bringen und ein öffentliches Bekenntnis seiner Irrtümer abzulegen. Dann könnte er der Kirche angehören gleich jedem Laien, nicht jedoch als Pfarrer. Der Abbe Turmel denkt nicht daran!...

### Ein Sakri des Geistes?

Der Fall des Abbe Turmel steht einzig da. Der Bann, der über ihn gesprochen, heißt „vitandus“. Nur fünf Lebende stehen augenblicklich unter ähnlichem Banne des Heiligen Stuhles. Aber warum hat nun Abbe Turmel Jahrzehnte hindurch sein Doppelspiel getrieben? Vielleicht aus jählicher Lust an der Macht, die er als Pfarrer an den gläubigen Menschen übte — indem er ihr seelischer Hirte war und sie gleichzeitig durch seine Schriften der ewigen Verdammnis ausliefern? Der Fall des Abbe Turmel steht einzig da.

## Nochwassernot am Kurischen Haff

Das Kurische Haff wurde in den letzten Tagen von einem orkanartigen Sturm heimgesucht, dem insgesamt elf Fischer zum Opfer fielen. Ein in den letzten Tagen verunglückter Fischer ist seinen Verletzungen erlegen, weil es unmöglich war, einen Arzt herbeizurufen. Infolge Hochwassers wird die Lage der Bewohner am Haff immer verwickelter. Besonders traurig sehen die Verhältnisse in Inse aus. Wege, Wiesen und Deiche bilden eine endlose Wasserfläche, die jeglichen Verkehr mit der Außenwelt unterbindet. Seit mehreren Tagen hat der Postverkehr mit Inse eingestellt werden müssen. Schwerkranken müssen in Betten und Wägen gepackt unter Lebensgefahr zum nächsten Arzt geschafft werden; Tote können nicht beerdigt werden. Das Wasser steht noch mehrfach in den teilweise verlassenen Wohnungen. Die Gemüsvorräte sind größtenteils durch das Hochwasser oder den plötzlich eingetretenen Frost vernichtet. Die Deiche, welche in diesem Herbst erhöht wurden, sind teilweise fortgeschwemmt worden. Es wird dringend Hilfe verlangt.

## Das Erdbeben in Japan

Das bereits gemeldete Erdbeben hat auf einem großen Teil des Bezirkes Schikoku, südwestlich der Hauptstadt, besonders gewütet. Überall haben Brände die Schäden der Erdstöße noch vermehrt. Die Orte, die am meisten gelitten haben, sind Misshoma, Numasu, Nagato, Ito und Atami. Die Sommerstation Hakonenatschi, die 1923 bereits zerstört worden war, wurde von neuem dem Erdboden gleichgemacht.

Die Zahl der Todesopfer wird amtlich mit 223, die Zahl der Verletzten mit 146 angegeben. Ueber das Schicksal von sechs Personen besteht noch Ungewißheit. Zahlreiche Häuser sind zerstört oder beschädigt.

In der Nähe von Misshima, das heißt im Mittelpunkt des Bebens hat man seit dem 10. November jeden Tag durchschnittlich dreihundert kleine Erdstöße verspürt. Das Zentral-Observatorium meldet, daß seit dem 7. November 1500 Stöße in der Umgebung des Thermalbades Ito, das in Brand geraten ist, verzeichnet wurden. Man befürchtet, daß auch die Gebiete von Schikoku, Ohita, Shimoda und Hakoni gelitten haben, doch fehlen Einzelheiten, da die Verbindungen unterbrochen sind. In Atami brach ein Strahl lebenden Wassers aus dem Erdinneren, der beträchtliche Höhe erreichte. Das Schicksal von dreihundert Arbeitern, die durch einen Erdstöß in einem Tunnel bei Atami eingeschlossen sind, gibt Anlaß zu Besorgnis. Das Zentral-Observatorium teilt mit, daß die Schwingungen des Hauptstoßes 30 Minuten dauerten.

## Sturmschäden in den Latrawäldern

Der in den letzten Tagen außerordentlich heftige Habennwind richtete in den staatlichen Latrawäldern in Polen bis nach Jafopane großen Schaden an. Nach einer ersten Zählung sind ca. 12.800 starke Bäume entwurzelt bzw. geknickt worden.

## Eiserechtsdrama vor Pariser Richtern

In Paris findet zurzeit ein aufsehenerregender Prozeß gegen eine 48jährige Pariserin aus den besten Gesellschaftskreisen statt, die ihren Freund und dessen Freundin, mit der sie das Haus teilte, in einer Anwandlung von Empörung und Eifersucht niedergeschossen hat. Nach der Erklärung der Angeklagten vor den Geschworenen hatte Herr Merle, der nunmehr tote Freund, eine eigentümliche Anschauung über Moral und Liebe, die er „modern“ nannte. So mußte er die Angeklagte zu überreden, zu ihm ins Haus zu ziehen, obwohl bereits eine ständige Freundin mit ihm zusammenlebte. Die Angeklagte fand sich aus großer Liebe eine Zeitlang mit diesem Zusammenleben zu dritt ab, weil sie hoffte, die Rivalin doch eines Tages aus dem Haus zu bringen. Als sie jedoch einsehen mußte, daß ihr Freund großen Gefallen daran fand, zwei Frauen bei sich zu haben, kaufte sie sich einen Revolver und schoß in einem Anfall von Verzweiflung beide nieder. Das Urteil wird mit großer Spannung erwartet.

## Sollbeamte ins Meer geworfen

Bei der Entladung des Ueberseedampfers „Eugen Groas“ in Le Havre kam es am Dienstag zu einem schweren Zwischenfall. Aus dem Laderaum des Dampfers war ein großer Kasten Zigarett gestohlen worden. Neun Zollbeamte machten sich daran, die auf dem Schiff beschäftigten Dockarbeiter zu untersuchen. Als sie einen der Arbeiter verhaften wollten, stürzten sich etwa 50 seiner Kameraden auf sie. Mehrere Zollner wurden schwer mißhandelt. Andere flohen über Bord ins Meer. Nachdem Verstärkung der Polizei auf dem Schauplatz erschienen war, konnten vier der Rädelsführer verhaftet werden.

## 300 Studenten bei der Mensur überrascht

Am Mittwoch gegen 10 Uhr wurde der Berliner Mensurteil, daß sich in den Citysektoren, Dresdener Platz, eine große Zahl von Studenten versammelt habe, ihre Mensuren ansprechen wollen. Die Polizei überraschte 300 Studenten und stellte sie fest. Eine große Anzahl, die nicht im Besitze von Ausweisen waren, mußte nach dem nächsten Polizeirevier antreten, wo weitere Angaben erfolgten. Etwa gegen 1.30 Uhr nachmittags wurde beendet. Drei Studenten, die man direkt bei der Überraschung hatte, werden sich wegen Beteiligung an verbotenen Mensuren zu verantworten haben. Die Polizei hat ferner umfangreiches Baumaterial beschlagnahmt.

## Verhaftung eines Rechtsanwalts

Der Staatsanwalt wurde am Mittwoch Rechtsanwalt Walsch auf der Staatsanwaltschaft verhaftet. Er wird beschuldigt, als Pfleger einer Wiesbadener Familie 20.000 Mark veruntreut zu haben.

## Bauunternehmer von einem Bankräuber erschlagen

Ein folgenschwerer Raubüberfall wurde gestern mittag um 1 Uhr in Kassel vor dem Hause der Kasseler Kreditbank in der Spohrstraße verübt. Der Bauunternehmer August Bütterweid hatte sich zur Lohnzahlung an seine Angestellten 8000 Mark in kleineren Scheinen von der Kreditbank geben lassen und dieses Geld in eine Aktentasche gesteckt. Diesen Vorgang muß ein hagerer, großer junger Mann beobachtet haben, der dem Bauunternehmer unauffällig aus dem Schalteraum der Bank folgte und ihn im Hausflur mit einem schweren Stein auf den Kopf niederschlug, worauf er dem Bewußtlosen die Aktentasche mit dem Geld raubte und verschwand. Der Bauunternehmer erlag bald darauf seinen schweren Verletzungen. Die Kriminalpolizei hat bisher noch keine Spur von dem Täter.

## Deutscher Tonfilmfest in Prag

Trotz oder vielleicht auch wegen der vorangegangenen Skandale machen jetzt in Prag alle diejenigen Kinos, die deutsche Tonfilme ausführen, glänzende Geschäfte. Die Eintrittskarten sind auf Tage ausverkauft und erkaunlicherweise macht selbst das Organ des Dr. Kramarsch, die „Narodni Listy“, die sich erst in nationallistischer Hege gar nicht genug tun konnte, Klatsch für die Produkte des Feindes von gestern.



# JUBILÄUMS-ANGEBOT

NOCH BESSER KAFFEE d.Pfd.Mk. 2.40 3.- 3.60 4.-

UND PREISWERTER TEE MK. 0.75 50 gr. PAKET

## KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

5% RABATT in MARKEN ausschl. ZUCKER

HAHAO SCHOKOLADEN GEBÄCK

Die Ausgabe des Jubiläums-Geschänks bei...

Der Kampf mit dem Tod

Bergarbeiter und Grubensicherheit

Sie sind begraben und fast schon wieder vergessen — die armen Bergleute, die von den letzten großen Grubenkatastrophen weggerafft wurden.

Der Lehrweide und an manchen Stellen erschütternde Bericht Schindls gab in großen Zügen folgendes Bild der Grubensicherheit: In Alsdorf wurde nur etwa ein Viertel der Opfer durch Feuer oder mechanische Einwirkung getötet; drei Viertel sind durch giftige Nachschüden den in den Grubenbauern, die teilweise weitab von den Explosionsräumen lagen, zu Tode gekommen.

Man spricht vom „Rästel in Alsdorf“. So zutreffend ist die Explosion nicht. Ihre Art ist bekannt, da es sich zweifellos um eine Kohlenstaubexplosion handelt, die eine starke Einleitungs-explosion gehabt haben muß.

Das heutige System der Bergpolizei ist aber allseitig und reformbedürftig. Den unteren Aufsichtsprägen (Bergrevierämtern) sind viele Befugnisse eingeräumt, mit denen oft Mißbrauch getrieben wird.

Die Bergrevierämter sind durch das Ober-Bergamt angeordnet, periodisch mit ihren Mit- und Hilfsarbeitern Besprechungen über den Stand der Grubensicherheit im Revier zu pflegen.

Die Bergpolizeibeamten bilden ein neues Berufsbild. Was in einem Oberbergamt als einheitlich angesehen wird, gilt in einem anderen als höchstbedingte Angelegenheit.

Die Revisionen sollen nach Möglichkeit der Beschaffenheit über die Grubensicherheitsfrage eine Entschliebung an, in der folgende Reformen geordnet werden:

- 1. Reichsbergpolizei mit Hauptamt in Berlin.
2. Ausschließung der bergpolizeilichen Befugnisse für den gewöhnlichen Bergbau.
3. In Steinbrüchen, Bergbau, Untertagebau und Grubenbau...
4. Bergpolizeibeamten mit mehrjähriger Ausbildung...
5. Einsetzung von Sachverständigen bei der Bergpolizei...
6. Einsetzung von Sachverständigen zur Begutachtung...
7. Einsetzung von Sachverständigen zur Begutachtung...
8. Einsetzung von Sachverständigen zur Begutachtung...
9. Einsetzung von Sachverständigen zur Begutachtung...

Nachverhandlungen in der sächsischen Metallindustrie

Dresden, 27. November. (Eig. Funfbericht.)

Im heutigen Donnerstag finden im Reichsarbeitsministerium die Nachverhandlungen über den neuen Tarif für die sächsische Metallindustrie statt.

Steigende Arbeitslosigkeit in Polen

Die Zahl der Arbeitslosen in Polen ist mit Ablauf der Bau-saison wieder im Aufsteigen begriffen. Gegenwärtig werden 178 000 Erwerbslose gezählt, die sich gegen Ende Dezember auf mehr als 200 000 vermehren dürften.

Berücksichtigung des Gläubigers durch neue Entlassungen

Nachdem die Arbeiter am Jobenberg (Wegebauten u. dergl.) fast vollständig sind, hat man jetzt bereits 140 Mann entlassen. Die Firma Delsner hat für den Dezember die Stilllegung ihres Steinbruchbetriebes in Ströbel angekündigt.

Was wird aus den Arbeitsinvaliden?

Tagung des Zentralverbandes

Die Verbandsleitungen und Gauleiter des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands nahen dieser Tage in Berlin zu den aus Wirtschaftskrisen, der Sozial- und der Invalidenversicherung drohenden Gefahren Stellung.

Die Konferenz nahm nach einem sozialpolitischen Referat des Verbandsvorsitzenden, Reichstagsabgeordneter, Karren, worin die Sorgen und Nöte der Arbeitsinvaliden klar dargestellt wurden, einstimmig eine Entschliebung an, die in ihrem Kerngedanken folgendermaßen lautet:

„Der Staat hat die Pflicht, die Invalidenversicherung zu finanzieren und die Invaliden zu versichern. Die Invalidenversicherung ist ein Teil der Sozialversicherung, die der Staat zu finanzieren hat.“

Die Konferenz — so heißt es in der Entschliebung weiter — anerkennt den der Reichsregierung und dem Reichstag, daß ungenügend Maßnahmen ergriffen werden, die dem drohenden finanziellen Verfall der Invalidenversicherung Einhalt tun.

Jetzt beweise, Kollege...

„Du sagst mir: 'Gib in die Partei!' — 'Gib mir!' — sagte der Kollege und sah an mich vorbei...“

beiter erwerbslos werden. Die Erwerbslosigkeit in dem Gau hat jetzt bereits einen Stand erreicht, wie er bisher zu verzeichnen war.

Zabalarbeiterstreik in Südbulgarien

In der Stadt Haslowo, einem der Südbulgarien Tabakzentren, sind über 1000 Arbeiter der Zabakgesellschaft in den Streik getreten.

Das Vorgehen der Fabrikanten ist ebenso schändlich unmenüschlich, da die Zabalarbeiter bereits schmächtige Löhne erhalten.

Die Arbeiter sind gegenwärtig insgesamt 20 000 Arbeiter in der Zabakindustrie beschäftigt.

Achtung Buchdrucker!

Das Tarifschiedsgericht Breslau stellte einstimmig Firma Masanzowitsch, Klosterstraße 45, wegen Lohnzahlung Tarifbruch fest.

dem großen Unrecht, das in der Unterbewertung der liegt, endlich ein Ende gemacht wird.“

Kleingewerbe und Sozialdemokratie

Ein Vortrag des Reichsministers a. D. Rud. Wiss. Im großen Saal des Reichswirtschaftsgebäudes in einigen Tagen der dritte Verbandstag des Einheitsverbandes Handel- und Gewerbetreibenden und freien Berufe (EHW).

„Jung ist die Ansicht“, so legte er dar, „daß die Sozialpolitik, wie es von bürgerlicher Seite behauptet wird, dem Gewerbe feindlich gegenübersteht.“

Eine gewisse Abneigung der Arbeiter gegen das Kleinmeister ist nicht zu leugnen. Sie beruht auf recht Erfahrungen mit den „Bauernsträuern“, die aus ihren Anschauungen heraus die Arbeitskraft durch lange und schlechte Löhne mißbrauchen.

Im weiteren Verlauf der Beratsamung wurde die Rede des Reichsministers a. D. Rud. Wiss. eingehend diskutiert. Auch die Wiederwahl der übrigen Reichstagsmitglieder erfolgte einstimmig.